



# Barthle-Brief

Nr. 27

**Berlin aktuell**  
Die Woche im Bundestag

27.3.2015

Thema der Woche:

## **„Bürokratiebremse“ für die Wirtschaft!** **Bundesregierung beschließt Entlastungen –** **Dokumentationspflichten beim Mindestlohn werden überprüft**

Bürokratie abbauen und den Verwaltungsaufwand möglichst gering halten! Das fordert die Unionsfraktion schon seit langem. In dieser Woche nun hat das Bundeskabinett das Bürokratieentlastungsgesetz beschlossen. „Ich habe im Bundestag den Bundeswirtschaftsminister aufgefordert, dass wir Maßnahmen treffen müssen, um die deutsche Wirtschaft zu entlasten“, erklärt Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. „Damit gehen wir einen ersten wichtigen Schritt, um vor allem den Mittelstand von überflüssiger Bürokratie zu befreien“, lobt Michael Grosse-Brömer, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, das „Ja“ der Regierung zum Gesetzentwurf. Nicht nur der Mittelstand – auch Existenzgründer und vor allem junge Unternehmer, die sich am Wirtschaftsstandort Deutschland etablieren wollen, profitieren von den geplanten Entlastungen.

Wie kann übermäßige Bürokratie abgebaut werden? Die Lösung ist das sogenannte „one in – one out“-Prinzip. Konkret heißt das: Für jede neue Verordnung muss innerhalb von einem Jahr eine alte Verordnung abgeschafft werden. Diese Regel soll nun den von der Wirtschaft kritisierten Anstieg von Bürokratie stoppen. Ab Juli soll „one in – one out“ eingeführt werden.

Hintergrund: Der für Bürokratieabbau zuständige Normenkontrollrat hatte im Oktober 2014 festgestellt, dass die Folgekosten von Gesetzen für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung innerhalb eines Jahres um 9,2 Milliarden Euro gestiegen seien. Die Kostentreiber, so der Normenkontrollrat damals, waren dabei insbesondere Neuregelungen im Zusammenhang

mit dem Mindestlohn und den Finanzmärkten. Dieser Gesetzentwurf ist ein erster notwendiger Schritt, um Unternehmen von überbordender Bürokratie zu entlasten. Gerade für kleinere und mittlere Unternehmen ist es wichtig, dass unnötiger Verwaltungsaufwand eingedämmt wird. Dies stärkt ihre Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit und damit den Wirtschaftsstandort Deutschland.

In diesem Zusammenhang sollen alle aktuellen Vorhaben, auch die aus der jüngeren Vergangenheit, auf ihre Bürokratieauswirkungen hin abgeklopft werden. Dies gilt insbesondere für die umfangreichen neuen Dokumentations- und Aufzeichnungspflichten im Rahmen des Mindestlohngesetzes. Denn die damit zusammenhängenden Bürokratiebelastungen treffen eben nicht nur die – wenigen – schwarzen Schafe in einigen Branchen, die den Mindestlohn nicht zahlen. Sie treffen vor allem die hunderttausend mittelständischen Unternehmen in unserem Land, die ihre Mitarbeiter anständig entlohnen und trotzdem mit einem umfangreichen zusätzlichen Verwaltungsaufwand konfrontiert sind.

Die CDU/CSU-Fraktion hat daher einstimmig einen Beschluss gefasst, wonach die Schwellenwerte für die Mindestlohndokumentationspflichten-Verordnung rückwirkend zum 1. Januar 2015 auf 1.900 Euro abgesenkt werden sollen. Für Arbeitsverhältnisse mit geringfügig Beschäftigten soll eine Dokumentationspflicht dann nicht bestehen, wenn ein schriftlicher Arbeitsvertrag vorliegt, aus dem sich der vereinbarte Stundenlohn und die Arbeitszeit eindeutig ergeben.

Die CDU/CSU-Fraktion sammelt überdies weitere Problemfälle zum Mindestlohngesetz, um sie dem Bundesarbeitsministerium zeitnah zu übermitteln. Auf Anregung von Bundeskanzlerin Angela Merkel hat so die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag in den letzten Tagen konkrete Beispiele von Unternehmen und Verbänden gesammelt, wo und in welcher Weise insbesondere Dokumentationspflichten bei der Umsetzung des Mindestlohngesetzes in der Praxis für Probleme sorgen. Damit diese Beispiele in den laufenden Beratungen zu notwendigen Nachbesserungen des Mindestlohngesetzes Berücksichtigung finden können, hat der Landesgruppenvorsitzende, Thomas Strobl, die vielen Zuschriften an den Chef des Bundeskanzleramtes, Peter Altmaier, weitergeleitet. Strobl gab in dem Brief an Altmaier seiner Hoffnung Ausdruck, „dass wir unseren Koalitionspartner von den notwendigen Nachbesserungen im Sinne der Unternehmen werden überzeugen können.“

ten 🗨️ Kurznachrichten 🗨️ Kurznachrichten 🗨️

### Gedenken an die Opfer des Flugzeugabsturzes

Zu Beginn der Plenarsitzung an diesem Donnerstag um 9 Uhr gedachte der Deutsche Bundestag der Opfer des Germanwings-Flugzeugabsturzes am 24. März. „Wir sind tief erschüttert über diese Katastrophe, die eines der größten Unglücke in der Geschichte der deutschen Luftfahrt ist. Wir trauern mit den Angehörigen und Freunden der Opfer und sprechen Ihnen unser Mitgefühl aus“, erklärte Bundestagspräsident Norbert Lammert zum Absturz der Passagiermaschine in Südfrankreich. Die Mitglieder des Deutschen Bundestages seien in ihren Gedanken bei allen Angehörigen und Opfern des tragischen Flugzeugunglücks, so Lammert.

### EU-Assoziierung zugestimmt

Der Deutsche Bundestag hat den Weg für die im Jahre 2014 vereinbarten Assoziierungsabkommen zwischen der EU sowie Europäischer Atomgemeinschaft und der Ukraine, Georgien und der Republik Moldau freigemacht.

Mit der Zustimmung von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen und bei Ablehnung der Linken zu drei Gesetzentwürfen der Bundesregierung sind nunmehr die Voraussetzungen für die Ratifizierung der Abkommen durch die Bundesrepublik geschaffen.

Wie die Bundesregierung schreibt, ist mit den Vertragswerken die schrittweise Annäherung ukrainischer, georgischer und moldauischer Rechtsvorschriften an Rechtsvorschriften der EU vorgesehen. Mit dem Abkommen solle die Beachtung der Wertvorstellungen der EU in Bezug auf Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den drei Ländern gefördert werden. „Liberalisierung und Ausweitung des Handels und der Investitionstätigkeit sollen die Wirtschaftsentwicklung in nachhaltiger Weise anheben.“

Bundestagspräsident Norbert Lammert, der zu Beginn der Debatte die anwesenden Botschafter der drei Länder sowie den ukrainischen Parlamentspräsidenten Wolodymyr Hrojsman begrüßte, verwies auf den engen Zusammenhang zwischen Assoziierungsabkommen und den „Freiheitskämpfen auf dem Maidan“. Für den „nicht ganz einfachen Weg“ der Annäherung an die EU und die damit verbundenen Reformen wünschte Lammert den Gästen „viel Kraft und Erfolg“.

### Die Maut kommt

In zweiter und dritter Lesung haben die Koalitionsfraktionen die Einführung einer Abgabe für alle Nutzer der deutschen Bundesfernstraßen beschlossen und damit einen weiteren Punkt aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Das Gesetz über die Erhebung einer zeitbezogenen Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen (Infrastrukturabgabengesetz – InfrAG) sieht vor, dass alle, die auf Deutschlands Fernstraßen unterwegs sind, künftig dafür zahlen müssen. Halter von Fahrzeugen, die im Ausland zugelassen sind, können im Internet oder an Tankstellen zwischen einer Vignette für zehn Tage, zwei Monate oder einem Jahr wählen. Für sie gilt die Abgabe nur auf Autobahnen. Inländische Autobesitzer hingegen erhalten automatisch eine Jahresvignette, deren Kosten vom Kraftfahrt-Bundesamt abgebucht werden.

Diese Jahresvignette gilt auf Autobahnen und Bundesstraßen. Die Höhe der Abgabe beträgt maximal 130 Euro und richtet sich nach Hubraum und Umweltfreundlichkeit. Für Halter von Pkw und Wohnmobilen, die in Deutschland zugelassen sind, entstehen jedoch keine Mehrbelastungen, da die entsprechende Summe über die Kfz-Steuer wieder zurückfließt. Statt einer Gebührenmarke aus Papier, die auf die Windschutzscheibe aufgeklebt wird, ist eine elektronische Vignette geplant. Das bedeutet, dass alle Mautzahler an ihrem Kennzeichen zu erkennen sind, das bei Zahlung der Abgabe registriert wird. Die Überwachung der Lkw-Maut funktioniert bereits ähnlich. Die Pkw-Maut ist ein wichtiger Beitrag zur Finanzierung der Straßeninfrastruktur und bezieht nun endlich alle Nutzer der deutschen Autobahnen in deren Finanzierung mit ein.

#### Europas Wettbewerbsfähigkeit stärken

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag einen Antrag der Koalitionsfraktionen zur EU-Forschungspolitik und zur Strategie der Bundesregierung zum Europäischen Forschungsraum beraten. Deutschland belegt in Europa bei der Projektbeteiligung und den Zuwendungen aus 'Horizont 2020' derzeit den ersten Platz. 'Horizont 2020' als Kerninstrument des Europäischen Forschungsraums ermöglicht einen zusätzlichen Investitionsschub sowie mehr Zusammenarbeit und Austausch über Ländergrenzen hinweg. Unser Ziel muss es sein, 'Horizont 2020' und die vereinbarte 'Investitionsoffensive für Europa' gemeinsam zu einer Erfolgsgeschichte für Forschung, Innovation und Wachstum in Europa zu machen. Dazu gehört insbesondere, der Grundlagenforschung mit dem Europäischen Forschungsrat als Flaggschiff der europäischen Spitzenforschung weiter höchste Priorität einzuräumen. Denn nur mit exzellenter Grundlagenforschung schaffen wir die Basis für den Wohlstand von morgen.

#### Zitat

«Es ist noch viel, viel schlimmer, als wir gedacht haben. Es macht uns wütend, ratlos und fassungslos.»

*(Schulleiter Ulrich Wessel vom Joseph-König-Gymnasium in Haltern. 16 seiner Schüler und zwei Lehrerinnen sind bei dem Flugzeugabsturz ums Leben gekommen.)*

#### Persönliche Notizen

Auch mich hat der Absturz der Germanwings-Maschine tief erschüttert. Meine Gedanken sind bei den Angehörigen der Opfer, die durch die jüngsten Entwicklungen schier unerträgliches Leid dennoch ertragen müssen.

Durch meine neue Aufgabe als Verkehrsstaatssekretär bin ich auch beruflich betroffen. Ich bin für den Bereich „Luftfahrt“ zuständig, die „Bundesstelle für Flugunfalluntersuchungen“ (BFU) gehört zu den nachgeordneten Behörden. Inzwischen sind sechs Ermittler der BFU vor Ort und unterstützen die französischen Kollegen bei der schweren, aber wichtigen Arbeit. Die Ergebnisse gilt es abzuwarten.

Ich halte nichts von den Schnellschüssen, die von vielen selbsternannten Experten jetzt überall zu hören und zu lesen sind. Doch wenn sich nach gründlicher Untersuchung herausstellt, wie wir den Luftverkehr sicherer machen können, werden wir das umgehend tun.